

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

17. WP - 4. Sitzung

am Mittwoch, dem 13. Januar 2010, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 383 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

Hauke Göttsch (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Markus Matthießen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Anette Langner (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Kirstin Funke (FDP)

Gerrit Koch (FDP)

Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Benennung des stellvertretenden Mitglieds im Executive Committee der North Sea Commission (NSC)	4
2. Nordseekooperation und Nordseestrategie	5
3. Umsetzung des EU-Schulobstprogramms in Schleswig-Holstein	9
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/80	
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/141	
4. Vorstellung des European Centre for Minority Issues (ECMI)	10
Berichterstatterin: Dr. Tove Malloy, Direktorin des ECMI	
5. Umsetzung der Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“	10
Berichterstatterin: Dr. Tove Malloy, Direktorin des ECMI	
6. Soziales Europa	12
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 16/2611	
- Verfahrensfragen -	
7. Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Abg. Langner bittet darum, Tagesordnungspunkt 3 - Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum, Drucksache 17/159 - abzusetzen und im Europaausschuss erst dann zu behandeln, wenn die Beratung im Plenum erfolgt sei.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Benennung des stellvertretenden Mitglieds im Executive Committee der North Sea Commission (NSC)

Abg. Voß führt aus, St Maurus sei der Vertreter der Landesregierung im Executive Committee der North Sea Commission. Bisher sei der Landtag durch den ehemaligen Landtagspräsidenten Kayenburg in diesem Gremium vertreten worden.

Abg. Herbst schlägt für die CDU-Fraktion Abg. Wengler als stellvertretendes Mitglied vor. Abg. Fischer schlägt für die Fraktion der SPD Abg. Langner vor.

Abg. Spoorendonk plädiert dafür, den Posten durch den Vorsitzenden des Europaausschusses zu besetzen. Da dies nicht absehbar sei, merkt sie kritisch an, dass sie eine Besetzung der beiden Positionen durch einen Vertreter der Landesregierung und einen Vertreter der regierungstragenden Fraktionen nicht gutheiße.

In alternativer Abstimmung wird Abg. Wengler mit den Stimmen von CDU und FDP zum stellvertretenden Mitglied im Executive Committee der North Sea Commission gewählt, Abg. Langner erhält die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, der Vertreter der Fraktion DIE LINKE enthält sich.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Nordseekooperation und Nordseestrategie

Einleitend führt St Maurus aus, die von der Landesregierung bereits im Dezember 2006 im Bericht zur Nordseekooperation formulierten Leitziele seien nach wie vor gültig. Die Landesregierung konzentriere sich derzeit auf die Nutzung der Fördermöglichkeiten des INTERREG-Programms und die Einbringung der meerespolitischen Interessen in die Nordseekommission. Die Möglichkeiten der Kooperation seien durch die weniger vorhandenen gewachsenen Kooperationsstrukturen allerdings geringer als im Ostseeraum. Auch die Haltung einiger Nordseeanrainerstaaten zur Nordseekooperation sei distanziert.

Nach der Veröffentlichung der EU-Ostseestrategie im Juni 2009 habe auch der Nordseeraum erklärt, man wolle in Richtung einer Nordseestrategie gehen. Der dabei ursprünglich ins Auge gefasste Zeitplan sei allerdings sehr optimistisch und werde sich kaum realisieren lassen, wie bei einem Gespräch im Bundeskanzleramt deutlich geworden sei. Die Landesregierung müsse noch einiges an Lobbyarbeit leisten, um die Nordseekooperation voranzubringen. Ein erstes von der Nordseekommission vorgelegtes Papier definiere als Herausforderungen unter anderem die maritime Raumplanung, die Steigerung der Erreichbarkeit und Attraktivität der Nordseeregion sowie die Bewältigung des Klimawandels. Ähnliches finde sich auch in einem Papier der AdR-Intergroup.

Durch die Nordseestrategie - so führt St Maurus weiter aus - solle keine neue Ebene der politischen Steuerung geschaffen, sondern die politische Steuerung verbessert werden. Bei einer Veranstaltung in Brüssel, den Open Days, habe es positive Signale zahlreicher Vertreter des Nordseeraums und auch des EU-Kommissars Borg im Hinblick auf die Nordseekooperation gegeben. Die Landesregierung sei in der Arbeitsgruppe marine Ressourcen der Nordseekommission sowie im Vorstand vertreten. Ziel der Landesregierung sei, frühzeitig die Interessen des Landes in den Diskussionsprozess einzubringen. Hilfreich seien dabei die Erfahrungen, die man im Ostseeraum gesammelt habe, in dem die Kooperation zudem auch lange gebraucht habe, um das heutige Niveau zu erreichen.

Vonseiten der Landesregierung werde man versuchen, in der Nordseekooperation ähnliche Themen wie in der Ostseekooperation zu vertreten. Denkbar sei hier zum Beispiel Clean North Sea Shipping oder die Nordsee als Energiemeer. Dabei gehe es auch um das Thema Energienetze, wobei es sich dabei um einen Bereich handle, der durch die Energieversorger

im Hinblick auf Finanzierung und Realisierung bearbeitet werden müsse. Ziel der Landesregierung sei auch, die Meeresstrategierahmenrichtlinie umzusetzen und maritime grüne Technologien voranzubringen.

St Maurus legt dar, die Nordseekommission strebe eine Verabschiedung der Nordseegremien im Jahr 2011 an. Wichtiger Meilenstein auf dem Weg solle eine Stakeholder-Konferenz im Frühjahr 2010 sein. Problematisch sei nach wie vor, dass die Regierungen der zentralstaatlich organisierten Nordseeanrainerstaaten der Nordsee Strategie skeptisch gegenüberstünden und eine neue bürokratische Ebene befürchteten. Die Verabschiedung der Strategie im Jahr 2011 sei also eher unwahrscheinlich. Wichtig für Schleswig-Holstein sei, sich im regionalen Bereich zu einigen und die schon aktiven Akteure mit ins Boot zu holen. Das gelte auch für die regionalen Akteure. Von der regionalen Ebene müsse auch ein Signal an die Nationalstaaten ausgehen, dass die Nordsee Strategie wichtig sei.

Auf eine Frage der Abg. Langner, ob es vor dem Hintergrund des Erfolgs der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee im Ostseeraum nicht sinnvoll sei, doch eine neue politische Steuerungsebene auch im Bereich der Nordseekooperation einzuziehen, führt St Maurus aus, dass genau dies im Moment nicht geplant sei. Man wolle unter Einbeziehung der regionalen Akteure die bereits vorhandenen Strukturen nutzen. Darüber hinaus müsse auch zunächst Überzeugungsarbeit bei den weiteren Anrainerstaaten geleistet werden.

Abg. Herbst betont, dass es an Schleswig-Holstein sei, selbst tätig zu werden. Die wichtigste Aufgabe dabei sei festzustellen, was in nationale und was in regionale Zuständigkeit falle. Aus der Ostseezusammenarbeit habe man gelernt, dass es ein langwieriger Prozess sei und Kontakte eine wichtige Rolle spielten. Dennoch könnten die Erfahrungen nicht eins zu eins auf die Nordseekooperation übertragen werden.

Abg. Fischer betont, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Schaffung bürokratischer Institutionen zu früh seien, man solle mittelfristig jedoch über deren Einrichtung nachdenken. Darüber hinaus hebt er hervor, dass seiner Ansicht nach Schleswig-Holstein derzeit noch hinter den Kooperationsmöglichkeiten, die vorhanden seien, zurückbleibe. So gebe es auf wirtschaftlichem Sektor eine enge Kooperation mit Großbritannien, die stärker genutzt werden solle. Er regt zudem an, Nordseekooperation auch im Rahmen der kulturellen Zusammenarbeit der Minderheiten auch im Bereich der Universitäten stärker zu berücksichtigen. Des Weiteren betont Abg. Fischer die Wichtigkeit von Schul- und Universitätspartnerschaften, die schon existierten. Auch die bereits vorhandene Kooperation im Bereich des Wattenmeers müsse nicht neu erfunden, sondern mit anderen Kooperationsformen zusammengeführt werden.

St Maurus betont, dass man die Zusammenarbeit im Wattenmeer nutze, die über Kooperation im Bereich Umwelt und Natur durchaus hinausgehe. Er weist auf die Reise des Ältestenrats in der letzten Legislaturperiode nach England, Irland und Schottland hin, bei der auch die Nordseekooperation bereits Thema gewesen sei. - Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Aktivitäten im Ausland verweist St Maurus auf die WTSH, die diese koordiniere. Dort müsse sich zeigen, welche Möglichkeiten des Engagements es für die Landesregierung gebe.

Abg. Spoorendonk bittet um einen aktuellen Sachstandsbericht über die trinationale Wattenmeerzusammenarbeit. Im Hinblick auf den Vergleich zwischen Ostsee- und Nordseekooperation betont sie, dass die Ostseekooperation von unten gewachsen sei und viel mit den Umbrüchen seit 1989 zu tun habe. Erst seit kurzem sei die EU durch die Ostseestrategie beteiligt. Auch für die Nordsee solle man aus ihrer Sicht versuchen, sich auf regionaler Ebene zu engagieren. Wichtig für das Land sei, eine eigene Strategie für den Nordseeraum zu entwickeln. Themen könnten dabei Klima, Energie, Wattenmeer und Kultur sein. Eine Möglichkeit der Zusammenarbeit bestehe in der Nutzung der interfriesischen Zusammenarbeit. Diese fungiere für die niederländischen Provinzen unter anderem als Türöffner für die Ostseezusammenarbeit. Wichtig sei ihrer Ansicht nach, die in der Kompetenzanalyse festgestellten Stärken der Minderheiten auch für den Ausbau der Nordseestrategie zu nutzen. Zur Entwicklung einer Strategie müsse die Landesregierung Ressourcen bereitstellen.

Abg. Fischer regt an, dass die Landesregierung und der Landtag einen Workshop oder eine Konferenz abhalten solle, um zu einem gemeinsamen Vorgehen zu finden.

St Maurus weist darauf hin, dass die Ressortverantwortung für Europa erst seit zwei Monaten in der Staatskanzlei liege und man zunächst eine Bestandsaufnahme mache. Die Berücksichtigung des trinationalen Wattenmeerplans sei dabei nur eines von mehreren Segmenten. Nach einer gründlichen Bestandsaufnahme könne und müsse die Strategie konkretisiert und detailliert weiterentwickelt werden. Dabei sei man mit regionalen Akteuren schon im Gespräch. Für die Entwicklung der Nordseestrategie müssten auch mit den Nordseeanrainern konkrete Gespräche geführt werden. Zuvor müssten jedoch noch Kabinettsberatungen stattfinden.

L Dr. Schliesky weist auf den Vorschlag der Hamburgischen Bürgerschaft hin, noch in der ersten Jahreshälfte 2010 die Möglichkeit auszuloten, eine gemeinsame Konferenz durchzuführen.

Abg. Fischer unterstützt den Vorschlag, eine gemeinsame Konferenz auszurichten, und regt an, noch in der ersten Jahreshälfte das Thema mit den europapolitischen Sprechern und der

Landtagsverwaltung zu erörtern. Aus seiner Sicht sei wünschenswert, bei der Konferenz in Hamburg auch ein eigenes Konzept vorlegen zu können.

Der Vorsitzende betont, dass der Kooperationsprozess auch der demokratischen Kontrolle bedürfe. Des Weiteren dürfe man sich nicht allein auf das Strategiekonzept der Nordseekommission verlassen, sondern müsse vonseiten des Landes Schleswig-Holstein formulieren, was in eine Nordseestrategie hineingehöre. - Abg. Fischer schlägt vor, dass zusammen mit den europapolitischen Sprechern der Fraktionen ein Rahmenpapier entworfen werden soll, um unter anderem bei der geplanten Tagung in Hamburg sprechfähig zu sein.

Abg. Funke schlägt vor, die Ergebnisse der trinationalen Wattenmeerkonferenz abzuwarten und dann in dem genannten Sinn tätig zu werden.

Der Ausschuss beschließt, so zu verfahren.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Umsetzung des EU-Schulobstprogramms in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/80

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/141

(überwiesen am 18. Dezember 2009 an den **Bildungsausschuss** und den Euro-
paausschuss

Der Vorsitzende schlägt vor, zur Umsetzung des EU-Schulobstprogramms die zuständigen Fachministerien anderer Bundesländer und die schleswig-holsteinischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments schriftlich zu befragen.

Der Ausschuss kommt überein, das Vorgehen mit dem federführenden Bildungsausschuss abzusprechen.

Punkte 4 und 5 der Tagesordnung:

Vorstellung des European Centre for Minority Issues (ECMI)

Berichterstatterin: Dr. Tove Malloy, Direktorin des ECMI

Umsetzung der Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“

Berichterstatterin: Dr. Tove Malloy, Direktorin des ECMI

Frau Dr. Tove Malloy, Direktorin des ECMI, stellt die Einrichtung und die Schwerpunkte der Arbeit des Instituts unter anderem anhand der in Anlage 1 zu dieser Niederschrift beigelegten Präsentation vor. Dabei geht sie auch auf Möglichkeiten der Umsetzung der Ergebnisse der Kompetenzanalyse ein.

Auf eine Nachfrage der Abg. Pauls nach Zuschüssen vonseiten der Europäischen Union führt Frau Dr. Malloy aus, dass ein Projekt in Georgien unter anderem durch Mittel des Europarates und des dänischen Außenministeriums unterstützt werde. Auch die Außenministerien anderer Staaten unterstützten die Arbeit des ECMI. Darüber hinaus bemühe sich das Institut um Mittel von privaten Stiftungen.

Abg. Fischer begrüßt die neue Konzeption des ECMI, die stärker die Region einbeziehe. Auch die Ausweitung der wissenschaftlichen Betrachtung sei wichtig.

Auf eine Frage des Abg. Fischer zu den Projekten in Skandinavien zu den Volksgruppen der Sinti und Roma führt Frau Dr. Malloy aus, Skandinavien werden in der Minderheitenforschung häufig nicht genug beachtet, obwohl dort neue innovative Ideen umgesetzt würden, zum Beispiel in der Einbindung von Vertretern der Gruppe der Roma in der öffentlichen Verwaltung. Man plane, Experten aus Finnland zu einem Gespräch im März 2010 einzuladen.

Abg. Spoorendonk regt an, dass sich der Ausschuss regelmäßig über die Arbeit des ECMI als Kompetenzinstitution informieren und dessen Möglichkeiten stärker nutzen solle. Sie schlägt darüber hinaus vor, die Termine für den runden Tisch der Minderheiten und das Regionalforum so zu legen, dass sie nicht mit den Landtagsterminen kollidierten.

Frau Dr. Malloy bietet an, mit Abgeordneten des Landtags auch Gespräche mit Experten des ECMI zu organisieren. Es sei auch möglich, dies im ECMI selbst durchzuführen.

Der Ausschuss fasst ins Auge, nach der Sommerpause durchzuführen einen auswärtigen Sitzungstermin im ECMI.

Auf eine Frage der Abg. Funke führt Frau Dr. Malloy aus, das ECMI gebe im Auftrag des Europarats Trainings in Ministerien, die mit Minderheiten und Minderheitenvertretern zusammenarbeiten würden. Bedauerlicherweise gebe es dort häufig ein Kapazitätsdefizit, das abgebaut werden müsse.

Der Ausschuss kommt überein, in seiner nächsten Sitzung die Beauftragte der Landesregierung für Minderheiten und Kultur, Frau Caroline Schwarz, zu der Umsetzung der Kompetenzanalyse aus Sicht der Landesregierung einzuladen und diesen Punkt im Rahmen dieser Sitzung weiter zu beraten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Soziales Europa

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 16/2611

- Verfahrensfragen -

Zum Verfahren kommt der Ausschuss überein, dass die Fraktionen bis zum 25. Januar 2010 Anzuhörende gegenüber der Geschäftsführung des Ausschusses benennen sollen. An die schriftliche Anhörung solle sich eine mündliche Anhörung anschließen, die für den 3. März 2010 vorgesehen sei. Der ursprünglich für den 10. März 2010 vorgesehene Sitzungstermin könne aufgrund von Termenschwierigkeiten der SPD-Fraktion nicht gehalten werden.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende weist auf die Arbeitsgruppe zwischen Landtagsverwaltung und Landesregierung hin, bei der die Verfahrensweisen für die Umsetzung der im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Subsidiaritätskontrolle vorgenommen werden sollte.

L Dr. Schliesky berichtet, das erste Treffen der Arbeitsgruppe sei für die erste Januarhälfte geplant. Die Einrichtung eines elektronischen Postfachs, um dem Landtag relevante Dokumente zeitnah zur Verfügung zu stellen, sei bereits auf den Weg gebracht worden. Er weist darauf hin, dass die Kapazitäten der Landtagsverwaltung mit derzeit etwas mehr als zwei Stellen im Vergleich zu den Kapazitäten der Landesregierung sehr gering seien. Sollte der Bereich Subsidiaritätskontrolle und Europafragen einen größeren Stellenwert bekommen, müsse hier nachgesteuert werden.

Abg. Fischer bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen von der Landesregierung eine Erläuterung des Europäischen Aktionsplans Urbane Mobilität und des diesbezüglichen Abstimmungsverhaltens der Landesregierung im Bundesrat in der Sitzung am 18. Dezember 2009 zu erhalten.

Der Vorsitzende spricht die Terminplanung für das beginnende Jahr an. Dabei solle in der ersten Jahreshälfte noch ein Besuch beim Ausschuss der Regionen und im Hanse-Office in Brüssel stattfinden, in der zweiten Jahreshälfte sei geplant, sich mit der Dänemark-Strategie - gegebenenfalls im Rahmen einer auswärtigen Ausschusssitzung - zu befassen.

RL Schmidt Holländer weist auf die noch ausstehende Benennung der Delegationen für die Ostseeparlamentarierkonferenz und das Parlamentsforum Südliche Ostsee hin, dessen Arbeitsgruppensitzungen bereits Ende Januar beziehungsweise Anfang Februar stattfinden.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. Bernd Voß
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer

Die Anlage kann als Pdf-Datei in der Infothek eingesehen werden.